

Resolution

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

Nationalsozialistischer Terror und Rassismus

Vor einigen Monaten hat uns die Nachricht über das jahrelange, ungestört mögliche Morden der rechtsradikalen Zwickauer Zelle, dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) schockiert. Es war eine Nachricht, die schmerzte. Jahrelang waren Menschen allein aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, aus purem Rassismus ermordet worden, ohne dass die Sicherheitsorgane es verhindern konnten. Im Gegenteil, die Opfer und ihre Familien wurden verdächtigt und kriminalisiert.

Wir haben deshalb nicht nur um die ermordeten Menschen, Väter, Söhne, Brüder, Tochter trauern müssen. Die Amadeu Antonio Stiftung zählt allein im Zeitraum 1990 bis 2011 182 Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt. Wir, Menschen mit Migrationshintergrund, haben uns fragen müssen, in welcher Gesellschaft wir leben und ob der Staat uns überhaupt schützt.

Wir haben begründete Zweifel, ob der Verfassungsschutz mit seiner Entstehungsgeschichte und seinen Strukturen je in der Lage sein wird, rechten Terror angemessen zu bekämpfen. Wir stellen fest, dass der Verfassungsschutz das Wissen und Engagement vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft, die mit sehr viel Kompetenz und Energie im Kampf gegen Neonazis aktiv sind, nicht honoriert und im Kampf gegen alte und neue Nazis nicht auf ihr Wissen zurückgreift. Im Gegenteil: Gegen Rechts Engagierte werden durch die Sicherheitsdienste beobachtet und als „Linke“ kriminalisiert, während bei der Verfolgung von Rechten nur noch Pannen und Peinlichkeiten offenkundig werden.

Wir denken an die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen, die rassistische Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft feststellen:

49,4% der Deutschen sind der Meinung „es leben zu viele Ausländer in Deutschland“, 24,4% plädieren dafür, diese wieder in ihre Heimat zurückzuschicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden und 58,9% finden es empörend, „wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“. (vgl. Heitmeyer: Deutsche Zustände 9, Universität Bielefeld, 2010).

Bei aller Verunsicherung gab es jedoch einen Trost: die Politik reagierte in weiten Teilen angemessen. Wir erlebten in den Parlamenten und bei vielen Politikern echte Scham und Trauer, entschuldigende und tröstende Worte für die Familien der Opfer.

Ohne eine umfassende Aufklärung der Rolle der Sicherheitsorgane, ohne eine genaue Analyse und die Erarbeitung umfassender Konzepte zur Bekämpfung von wachsenden neonazistischen Gruppierungen sind Entschuldigungen jedoch wertlos. Die ewige Debatte um ein NPD-Verbot wirkt in vielen Fällen deshalb auch wie eine unglaubwürdige

Ersatzhandlung. Ein Verbot wird uns nicht weiterhelfen, wenn wir uns nicht ernsthaft mit dem latenten und immer dreister werdenden offenen Rassismus in der Gesellschaft beschäftigen, wenn wir die Zugehörigkeit der Menschen mit Migrationshintergrund nicht

durch rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung anerkennen. Wir werden das Erstarren rechtsradikaler Gruppierungen nicht verhindern können, wenn wir uns nicht mit Entsolidarisierungstendenzen und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich beschäftigen, wenn wir die Chancengleichheit in einem Bildungssystem nicht verbessern, das bereits in den Grundschulen Verlierer und Gewinner produziert und einen Teil der Jugendlichen aus benachteiligten Familien als Verlierer ohne Zukunftsperspektive einfach abschreibt.

Ein NPD-Verbot bringt langfristig nichts, wenn gleichzeitig antidemokratische, chauvinistische, Menschen und Kulturen hierarchisierende Denkmuster gesellschaftsfähig bleiben und propagiert werden. Wenn Antisemitismus nicht entschieden bekämpft und Islamophobie weiter verharmlost wird. Denn dann produzieren wir immer wieder neue NPDs.

Wir, die Delegierten der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns fordern:

- ein öffentliches Bekenntnis aller demokratischen Parteien gegen Rassismus und für die Förderung einer Kultur der Akzeptanz von Vielfalt und Solidarität,
- die Verbesserung der Partizipationsrechte von Migranten durch erleichterte Einbürgerung und die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaater,
- die Bekämpfung von Rassismus in der Mitte der Gesellschaft u. a. durch Sensibilisierung und Aufklärung, durch Honorierung von Zivilcourage im Alltag, durch lokale Beratungsmöglichkeiten und juristische Unterstützung von Opfern rassistischer Gewalt und Diskriminierung im Alltag,
- die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes durch Fortbildung und Sensibilisierung der Angestellten und Beamten insbesondere bei den Sicherheitskräften (z.B. der Polizei) über Alltagsrassismus,
- die Unterstützung der Arbeit der engagierten antifaschistischen Gruppen und die Nutzung ihres Wissens,
- die Unterstützung des Aufbaus flächendeckender lokaler Bündnisse und Netzwerke für aktive Bürger gegen Rechtsextremismus,
- effektive Unterstützungsangebote für den Ausstieg aus der rechten Szene,
- die lücken- und schonungslose Aufklärung der Fehler in Zusammenhang mit den Ermittlungen zu den nationalsozialistisch motivierten Morden und entsprechende strukturelle Konsequenzen innerhalb der Sicherheitsdienste,
- eine Nulltoleranz-Strategie der Polizei gegenüber Rechtsradikalen und rassistischen Gewalttätern,
- ein Schul- und Bildungssystem, das alle Kinder individuell fördert und zu selbstbewussten und weltoffenen Menschen erzieht,
- ausreichende Mittel für die Jugend- und Schulsozialarbeit sowie eine umfassende und differenzierte Geschichts- und Gedenkarbeit,
- aktive antirassistische Arbeit in den Schulen und in der Gesellschaft (auch für Senioren).

Fürth, den 15. April 2012

Adressaten:

- Bayerischer Staatsminister des Innern
- Bayerische Staatsministerin der Justiz
- Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
- Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus
- Fraktionen im Bayerischen Landtag
- Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung
- Bayerischer Integrationsrat
- Bayerischer Städtetag
- Migrantenorganisationen und Beiräte
- Medien und Fachöffentlichkeit